



Die Lage der Musikalischen Bildung in Berlin

Bestandsaufnahme und Forderungen

	Seite
Was ist musikalische Bildung?	2
Musikalische Bildung im Vorschulbereich	3
Der Musikunterricht an den allgemein bildenden Schulen	4
Musikalische Bildung an öffentlichen Musikschulen	6
Musikalische Bildung in außerschulischen Bereichen	8
Musikalische Bildung in Chören, Orchestern und Laien-Ensembles	9
Musikalische Bildung für die Generation 50 +	11
Nachwuchs der Musikberufe	12

Was ist Musikalische Bildung?

„Wenn wir Musik, Sport und Kunst für die Sahne auf dem Kuchen halten und nicht für die Hefe im Teig, dann verstehen wir unsere Gesellschaft falsch.“

Johannes Rau, 2002

Musikalische Bildung ist ein Sammelbegriff für die Vielfalt der Möglichkeiten, Zugang zu musikalischem Verstehen und Handeln zu finden. Musikalische Bildung wird im Lauf des Lebens bewusst oder unbewusst zum Teil der kulturellen Prägung jedes Menschen. Dabei hängt jedoch die Intensität des jeweiligen Umgangs mit Musik wesentlich mit der Qualität der vermittelten Musikalischen Bildung und deren Zugangsmöglichkeiten zusammen.

Der Begriff Musikalische Bildung bezieht sich somit nicht nur auf das bewusst erworbene Wissen und Können musikalischer Art, sondern auch auf informelle Lernzusammenhänge, wie sie durch das nicht geplante, zufällige Lernen in verschiedenen Lebenssituationen entstehen können.

Musikalische Bildung ist von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft

- als Voraussetzung für die Entfaltung künstlerischen Potenzials,
- als Disziplin, die gleichermaßen Geist, Seele und Körper anspricht und
- als Chance, Schlüsselqualifikationen in besonderer Weise zu fördern.

Musikalische Bildung ist eine unerlässliche Grundlage zur Wahrung des kulturellen Erbes: Ohne Musikalische Bildung kann weder ein Publikum musikalische Leistungen einschätzen noch können neue musikalische Wege entwickelt oder Musiker- und Musikpädagogennachwuchs herangebildet werden.

Der Erwerb Musikalischer Bildung mit dem Ziel, einen Musikberuf auszuüben, ist eine Option, die allen offen stehen muss. Dafür müssen allerdings umfassende Fähigkeiten und Kenntnisse von Kindesbeinen an erworben und geschult werden.

Musikalische Bildung in ihrer Vielfalt bedarf einer besonderen Aufmerksamkeit und Pflege, wie sie in der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen dargelegt wird.

Wie durch zahlreiche Untersuchungen belegt und fortwährend durch die Praxis bestätigt wird, führt aktives Musizieren nicht nur zur konkreten und sinnstiftenden Erfahrung eines maßgeblichen unverwechselbaren Kulturbereichs, sondern fördert u.a. in erheblichem Maße:

- Kreativität
- soziales Verhalten
- Aggressionslenkung
- Dialogfähigkeit
- Inklusion
- Transkulturalität
- Lernbereitschaft
- Leistungsfähigkeit
- Disziplin

- Wahrnehmungsfähigkeit, insbesondere Hören
- Kommunikationsfähigkeit
- Motorik
- räumliches Vorstellungsvermögen
- abstraktes Denken
- Persönlichkeitsentwicklung

Diese Auswirkungen treffen nicht nur auf Kinder, sondern auch auf Erwachsene und Senioren¹ zu, wie neue Hirnforschungen belegen und die musiktherapeutische Arbeit mit Menschen jedes Alters bestätigt. Es muss zur Daseinsvorsorge für Menschen jedes Alters, jeder Herkunft und jedes Bildungsgrades gehören, freien Zugang zu allen Formen Musikalischer Bildung zu erhalten.

Dies wird durch den 1998 durch die UNESCO in Stockholm verabschiedeten Aktionsplan bekräftigt, in dessen Mittelpunkt die Rechte aller Menschen auf Bildung, Kunst und Kultur stehen. Erstmals wird hier die Entfaltung kultureller Identität in den Rang eines Menschenrechts erhoben.

Musikalische Bildung im Vorschulbereich

Situation

Musik zählt zu den sieben Bildungsbereichen des Berliner Bildungsprogramms für vorschulische Erziehung, weil sie „wesentliche Quelle für seelische Empfindung und Genuss ist und zugleich Verständigungsmöglichkeiten über Sprachgrenzen hinweg eröffnet“ (Berliner Bildungsprogramm, S.12). Die Art und Weise, wie Kinder in frühem Alter Musik erleben, ist in hohem Maße entscheidend für ihr Verhältnis zur Musik in späterem Alter. Dabei geht es insbesondere darum, positive Erfahrungen beim Hören, Musizieren und Agieren zur Musik zu vermitteln sowie Offenheit für eine Vielfalt musikalischer Stile und Kulturen zu fördern.

Probleme

Die musikalische Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern an Kindertagesstätten ist vielerorts unzureichend. Die Gehemmtheit von Erziehern, die sich nicht zu singen trauen, kann ebenso empfindliche Schäden bei Kindern anrichten wie ungeschickte Urteile oder inadäquates Handeln unzureichend ausgebildeter Musikpädagogen.

Wegen der großen Nachfrage nach früher Musikalischer Bildung einerseits und der unzureichenden Ausbildungssituation andererseits ist derzeit eine hohe Zahl musikalisch wenig qualifizierter Personen in der frühen Musikalischen Bildung tätig – mit dementsprechend fragwürdigen Ergebnissen.

¹ Die Verwendung der männlichen Geschlechtsform (bzw. gelegentlich nur der weiblichen) geschah ausschließlich zur Vereinfachung der Lesbarkeit und schließt die weibliche Form (bzw. gelegentlich auch die männliche) mit ein.

Lösungen

Anzustreben sind Bildungsangebote nach dem Tandem-Prinzip: einmal wöchentlich durch musikalische Fachkräfte sowie den Kindergartenalltag begleitend durch (musikalisch) angemessen ausgebildete Erzieherinnen.

Zentrale Ansatzpunkte einer Verbesserung der Situation sind daher:

- musikalische und musikpädagogische Qualifizierung auf mehreren Ebenen:
 - für Lehrkräfte Elementarer Musikpädagogik
 - für Erzieher im Rahmen ihrer Ausbildung
 - für bereits ausgebildete Erzieher in Fortbildungen
 - für Eltern
- öffentliche Bewusstseinsbildung darüber:
 - welchen Stellenwert Musik (ebenso wie die anderen musisch-ästhetischen Fächer) für die Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit hat
 - wie wichtig kompetente Musikpädagogik gerade in der frühen Kindheit ist und
 - was Musikalische Bildung in der Kindheit leisten kann und soll.

Forderungen

1. Einrichtung eines grundständigen Studiengangs Elementare Musikpädagogik (EMP) mit ausreichend Studienplätzen und hauptamtlicher Professur
2. Aufwertung des Faches Musik in der Erzieher-Ausbildung
3. Angemessene finanzielle Ausstattung für Fortbildungsmaßnahmen
4. Finanzielle Mittel zur Sicherung wöchentlicher Angebote durch Musikfachkräfte in den Kindergärten
5. Entsprechende Qualitätsmaßstäbe für Musikschulen und Kindertagesstätten
6. Etablierung einer sinnvollen Arbeitsteilung zwischen EMP-Lehrkräften und Erziehern

Der Musikunterricht an den allgemein bildenden Schulen

Situation

Der verbindliche Musikunterricht an den allgemein bildenden Schulen erreicht alle Schülerinnen und Schüler Berlins. Insofern kommt ihm für die Musikalische Bildung in der ganzen Breite eines Jahrgangs größte Bedeutung zu – vergleichbar dem verbindlichen Mathematik-, Deutsch- oder Englischunterricht.

Probleme

Als Grundtendenz ist zu beobachten, dass der schulische Musikunterricht einem kontinuierlichen, schleichenden Abbau unterliegt. Diese Auszehrung betrifft besonders die Sekundarstufe I, in der der Musikunterricht in den letzten 15 Jahren um etwa 30-50% gekürzt worden ist. Nach der neu ver-

abschiedeten SEK-I-Ordnung bleibt es den Schulen überlassen, wie sie die verringerten Pflichtstunden auf den Musik- und Kunstbereich verteilen: In der 7. Klasse und 10. Klasse des Gymnasiums sind insgesamt nur noch drei Wochenstunden verbindlich vorgesehen, da in der 8. und 9. Klasse Musik durch Kunst ersetzt werden kann. Und in der jetzt beginnenden Sekundarschule ist überhaupt nur mehr eine Wochenstunde in der 10. Klasse verpflichtend – der kontinuierliche Musikunterricht durch alle Klassen ist damit aufgegeben.

Umfragen ergaben, dass Musikunterricht nach den Stundentafelkürzungen der letzten Jahre an so genannten Poolstunden nicht partizipieren konnte. Nur an den wenigen Schulen mit besonderem Musikprofil blieb der Musikunterricht in den Klassen 7-10 als Wahlpflichtfach erhalten.

Dieser Abbau in der SEK I hat Folgen für den Musikunterricht in der SEK II. Es kommen weniger Grund- und Leistungskurse zustande, weil die Kompetenzen und Kenntnisse am Ende der SEK I dafür nicht mehr ausreichen. Da auch der Umfang des Musikunterrichts in der SEK II an den Gymnasien durch den Wegfall der 11. Klasse um 25% und mehr gekürzt worden ist, kann die Abschlussqualifikation des Rahmenplans beim Abitur nach zwölf Jahren so nicht mehr oder nur noch von wenigen erreicht werden.

Zwar sind die Stundentafeln der Grundschule unverändert geblieben, sodass wir hier zweistündigen Musikunterricht durch alle sechs Klassen laut Plan haben, doch wird er sehr häufig fachfremd unterrichtet. Nicht wenige Grundschulen haben keine einzige musikalische Fachlehrkraft, sodass die Neigungslehrerinnen und -lehrer ohne unterstützende Fachbetreuung vor Ort sind.

Die 15 Musikbetonten Grundschulen – das sind knapp 4% von den etwa 400 Grundschulen – mussten in der Vergangenheit eine Kürzung ihres Instrumentalunterrichts um fast 30% hinnehmen. Dennoch stellt ihre gesicherte Fortführung einen Erfolg dar, denn der verstärkte Musikunterricht entwickelt nicht nur die kreativen musikalischen Fähigkeiten, sondern wirkt sich obendrein positiv auf das Sozialverhalten und die Integration von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache aus. Der Ausbau dieses bewährten Erfolgsmodells ist überfällig – und dennoch gibt es immer noch zwei Bezirke ohne eine einzige Musikbetonte Grundschule.

Fazit

Der Musikunterricht mit qualifizierend wirksamer Bedeutung konzentriert sich auf wenige Inseln in einem Meer von Schulen, in denen der verbindliche Musikunterricht abgebaut wurde bzw. wird und damit nur mehr reduziert, flexibilisiert, d.h. ohne Kontinuität stattfindet.

Lösungen

Grundsätzlich bedarf es der Relativierung der einseitigen Orientierung an den sog. PISA-Fächern und einer stärkeren Beachtung der kulturellen Bildung durch Musik, die letztlich – wie vielfach nachgewiesen – durch ihre Persönlichkeitsbildung auch die anderen Bereiche stärkt.

Forderungen

1. Jedem Kind seinen voll ausgebildeten Musiklehrer für zwei Wochenstunden über die gesamte Schulzeit – das heißt die angemessene Anwendung des Prinzips der Kontinuität und der Fachlichkeit.
2. Tatsächliche Erteilung des Musikunterrichts lt. Stundentafel und Rahmenlehrplänen.
3. Jede Grundschule braucht mindestens einen Grundschullehrer mit qualifizierter Musikausbildung. Größere Schulen benötigen ab 250 Schülerinnen und Schüler zwei und ab 500 drei musikalisch qualifizierten Grundschullehrer.

4. Der Musikunterricht in den 5. und 6. Klassen ist verbindlich von musikalischen Fachlehrkräften zu erteilen.
5. Erhalt und Ausbau von zusätzlichen Angeboten.
6. Die Anzahl der musikbetonten Grundschulen ist auf mindestens drei in jedem Bezirk zu erweitern.
7. Weiterführung und Ausbau von musikbetonten Zweigen in Sekundarschulen und Gymnasien.
8. Bedarfsdeckende Ausbildung und rechtzeitige Einstellung von Schulmusikerinnen und Schulmusikern, um den Musikunterricht langfristig zu sichern.
9. Ausbildung und Einstellung von weiteren Musiklehrern, damit Schulmusik nach der bevorstehenden Pensionierungswelle weiterhin stattfinden kann. Die notwendigen Zusagen für Neueinstellungen sind rechtzeitig am Ende des Winterhalbjahres vorzunehmen, damit die Abwanderung von Referendaren und Musiklehrern in andere Bundesländer vermieden werden kann.
10. Zur Umsetzung und Steuerung dieser Maßnahmen bedarf es der Einführung eines Fachreferats Musik bei der Senatsverwaltung SenBWF sowie einer Fachvertretung Musik in der kulturellen Bildung.

Musikalische Bildung an öffentlichen Musikschulen

Situation

Die an den 12 Bezirken angesiedelten öffentlichen Musikschulen Berlins werden aufgrund ihrer großen Breitenwirkung positiv beurteilt. Dies wird trotz unzureichender Ausstattung mit Funktionsstellen, Verwaltungspersonal und fest angestellten Lehrkräften derzeit noch erreicht.

Die öffentlichen Berliner Musikschulen stehen allen Altersgruppen offen und sind der ideale Kristallisationspunkt Musikalischer Bildung für Berliner von der Kita bis ins hohe Alter. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit der allgemein bildenden Schule wird zur Zeit hauptsächlich über die Kooperationen mit (Ganztags-)Grundschulen gesprochen, die kooperativ orientierten Bildungsmöglichkeiten erstrecken sich aber über alle Schulformen (und Kitas). Eine fachlich-pädagogisch sinnhafte Herangehensweise muss weg von einer rein additiven Zusammenarbeit hin zu konzeptioneller Vernetzung und zu einem Gesamtkonzept Musikalische Bildung gehen.

Probleme

Viele Entwicklungschancen können aufgrund der prekären Beschäftigungsverhältnisse (fast alle Lehrkräfte arbeiten auf Honorarbasis) kaum ergriffen werden. Das notwendige „Knochengestützte“ der Institutionen mit einer tragfähigen Anzahl Festangestellter und damit weisungsgebundener Lehrkräfte, die ihren beruflichen Mittelpunkt in der Musikschule haben, ist zu schwach. Dies bezieht sich sowohl auf das pädagogische wie auf das Verwaltungspersonal. Eine Investition in diesen Bereich könnte gesellschaftspolitische Langzeitwirkung bei der Deckung sozialräumlicher Defizite entwickeln.

Obwohl der Bericht der Kommission der Berliner Volkshochschulen und Berliner Musikschulen hierzu ganz konkrete Lösungsmodelle benennt, wurden für 2010 keine Konsequenzen in Erwägung gezogen. Eine didaktische Abstimmung zwischen Schule und Musikschule scheitert an der mangel-

den Konkretisierung durch die zuständigen Senatsstellen. Musikschulen werden zwar z.B. im Bildungsfahrplan für Sekundarschulen begrifflich gestreift, aber weitergehende Betrachtungen von Chancen im Sinne eines „Bildungsgesamtplans“ bleiben aus, obwohl beide Bereiche – Schule und Musikschule – unter dem Dach derselben Senatsverwaltung beheimatet sind. Das größte Hemmnis einer praktikablen Kooperation liegt in der Inkompatibilität des entgeltfreien (weil komplett durch Steuergelder finanzierten) Schulsystems und der zu einem großen Teil nutzerfinanzierten Musikschulen, denen Entgeltspflicht vorgegeben ist.

Seit Einführung der Ganztagschule wird immer klarer, dass für nachhaltige Kooperationen dieser beiden Systeme ein entgeltfreier Korridor geschaffen werden muss, der z.B. ganzen Schulklassen eine Teilnahme ermöglicht, ohne dass Einzelne aufgrund finanzieller Hürden ausgegrenzt werden. Hierzu bedarf es der Ressourcenneuordnung durch das Land Berlin.

Die Vernetzung mit Schule und Kita geht bei der derzeitigen Rechts- und Praxislage in aller Regel davon aus, dass die Musikschulfachkräfte die jeweils anderen Einrichtungen aufsuchen und nicht umgekehrt. Das erfordert auf Seiten der Kitas und Schulen eine entsprechende räumliche und instrumentale Ausstattung.

Lösungen

Um diese Entwicklung zum Erfolg zu führen, sind drei Voraussetzungen zu erfüllen:

1. Stadtweiter inhaltlicher Konsens über die zu verfolgenden (musik-)didaktischen Ziele (öffentliche Erörterung, was Musikalische Bildung in der Kindheit leisten kann und soll. Hierzu bedarf es einer entsprechenden Initiative und einer koordinierenden Hand.)
2. Nutzung der Kompetenz an Musikschulen als Multiplikationsfaktor (Nutzung der Möglichkeiten der Musikschulen nicht nur als direktes Bildungsangebot für Kinder, sondern auch als Weiterbildungsangebot an Kollegen anderer Bildungseinrichtungen, z.B. für Erzieherinnen / Tandemunterricht von fachfremder Grundschullehrkraft und Musikschullehrkraft)
3. Ausstattung von Musikschulen und Kooperationspartnern (Kitas, Schulen) mit Räumen und Instrumenten, die das Erreichen der verabredeten musikdidaktischen Ziele ermöglichen

Forderungen

1. Schaffung eines übergreifenden Konzepts „Musikalische Bildung für Kinder in Berlin“ unter Berücksichtigung aller Schulformen (einschließlich der Musikschulen)
2. Verbindliche Umsetzung der von der Kommission der Berliner Volkshochschulen und Berliner Musikschulen gemachten Vorschläge
3. Umsetzung der in der „Resolution zur Zukunft der kommunalen Musikschulen“ aufgestellten Forderungen des Landesmusikrats Berlin (November 2009)

Musikalische Bildung in außerschulischen Bereichen

Situation

Außerschulische Lernorte, an denen Musikalische Bildung in unterschiedlichsten Formen eine Rolle spielt, sind so verschiedenartige Institutionen wie Jugendfreizeitzentren, Kirchen, Musikbibliotheken, soziale Einrichtungen, private Musikschulen, Angebote von Privatmusikerziehern, aber auch private Initiativen ohne jegliche institutionelle Verankerung. Auch Orte informeller Musikalischer Bildung wie Bandprobenräume oder Initiativen der freien Musikszene (sei es Hip Hop, Rock, Elektronik u.a.) sind darunter zu verstehen. Als größte Weiterbildungseinrichtung im Bereich Musikalischer Bildung gehört auch die Landesmusikakademie Berlin zu diesem Komplex.

Einen besonderen Bereich bilden die Education-Abteilungen von Orchestern, Konzert- und Opernhäusern, die sich primär dem Publikumsnachwuchs verpflichtet fühlen und weiterführende Impulse zur Musikalischen Bildung in der Stadt geben.

Probleme

- Jugendfreizeiteinrichtungen als Orte des Austauschs und informellen Lernens geraten zunehmend unter Druck durch Aufhebung der öffentlichen/bezirklichen Trägerschaft und den Versuch, diese in private Trägerschaft ohne gesicherte Finanzierung des Personals zu überführen. Dadurch fallen zunehmend Orte für Jugendliche weg, an denen Begegnung, Austausch und Erprobung eigener musikalischer Stile in einem außerschulischen Rahmen stattfinden kann.
- Die Musikbibliotheken leiden in besonderem Maße unter den Einsparungen im Bibliothekswesen, sodass die Aktualität der Medienbestände abnimmt und Musikbibliothekarinnen kaum noch präsent sind.
- Erschwingliche Probenräume für Bands sind schwer zu finden.
- An den Education-Abteilungen der Orchester und Opernhäuser sind Mitarbeiter nur selten strukturell fest verankert, sodass die Kontinuität und Nachhaltigkeit dieser Vermittlungsarbeit nicht gesichert ist. Die durch die Bildungsarbeit erzeugten Mindereinnahmen (vergünstigte Karten für Schüler u. a.) werden zu Lasten der Häuser verbucht.

Lösungen

Ein Austausch über die Musikalische Bildung an Schulen, öffentlichen Musikschulen, Jugendfreizeitzentren, privaten Anbietern von Musikunterricht, musikalischen Angeboten der Kirchen und Musikvermittlern im Sinne eines übergreifenden Musikalischen Bildungsrahmens für die Stadt Berlin könnte das gegenseitige Bewusstsein über die Spezifik des jeweils anderen schärfen und Synergien erzeugen. Häufig haben Education-Abteilungen das Problem, dass die aufgrund einmaliger Projekte begeisterten Kinder und Jugendlichen für die weitere Beschäftigung mit Musik „entflammt“ wurden, aber Möglichkeiten der Fortsetzung nicht bekannt oder aufgrund von Gebühren/Entgelten für sozial Schwache nicht nutzbar sind. Hier könnten ein Netzwerk Musikalische Bildung und entgeltfreie oder -reduzierte Angebote weiterhelfen.

Forderungen

1. Förderung der Nachhaltigkeit der Jugendkulturarbeit
2. Vernetzung von Jugendkulturarbeit an Jugendfreizeitzentren, Kirchen und in anderen außerschulischen Bereichen, die sich mit Musikalischer Bildung im weitesten Sinne beschäftigen durch entsprechende Datenbanken, Fachtagungen und die gemeinsame Arbeit an einem übergreifenden Konzept „Musikalische Bildung in Berlin“
3. Erhalt und Ausbau des Fachpersonals in den Musikbibliotheken sowie Aufstockung der Anschaffungsetats
4. Erleichterte Zugangsmöglichkeiten zu Probenräumen für Bands und andere Ensembles (s. Abschnitt Laienensembles und freie Szene)
5. Schaffung nachhaltiger Strukturen in den Education-Abteilungen der Orchester, Konzert- und Opernhäuser Berlins
6. Ausgleich von Mindereinnahmen in Kulturinstitutionen, die diesen aufgrund der Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen oder sozial Schwachen entstehen, aus Landesmitteln
7. Professionalisierung der Ausbildung von Musikvermittlern/ Konzertpädagogen durch Einrichtung eines Lehrstuhls/Studiengangs „Konzert- und Musiktheaterpädagogik/Musikvermittlung“

Musikalische Bildung in Chören, Orchestern und Laien-Ensembles

Situation

1. Jugendorchester

Die Jugendorchester in Berlin stellen eine große und heterogene Gruppe dar, von institutionell verankerten Klangkörpern (Schul-, Musikschul- und Universitäts-Orchestern und Bigbands) über Landes-Auswahlorchester wie LandesJugendOrchester (LJO), RIAS Jugendorchester, Berliner JugendJazzOrchester (BJJO) bis zu selbstverwalteten Freien Trägern (z.B. Junges Ensemble Berlin JEB). So vielfältig das Spektrum ist, so vielfältig sind auch die Aufgaben und Probleme.

Alle diese Ensembles vereint die gemeinsame Zielstellung, Musikalische Bildung in aktiver Form zu vermitteln, d.h. durch Instrumentalspiel und durch die geistige Auseinandersetzung mit den Werken, Zugang zu den unterschiedlichen Bereichen der Musik zu finden. Die Orchester existieren größtenteils durch ehrenamtliches Engagement der organisatorisch und künstlerisch Beteiligten. Auch Schul- und Musikschulorchester können nicht ohne zusätzlich investierte Zeit der Verantwortlichen bestehen. Bei den Freien Trägern werden organisatorische Aufgaben ohnehin durch ehrenamtlich arbeitende Gremien (Vorstände o.ä.) übernommen, selbst die künstlerischen Ensembleleiter erhalten in der Regel nur eine geringe Aufwandsentschädigung.

2. Chöre

In Berlin sind 1.252 Chöre mit ca. 40.000 Sängern aktiv. Wenn man die Schulchöre und die nicht in Verbänden organisierten Chöre mit hinzunimmt, ist von etwa 1.500 Chören mit etwa 50.000 Sängern auszugehen. Durch etwa 10.000 Veranstaltungen erreichen die Berliner Chöre etwa 1,6 Millionen Zuhörer².

3. Laienmusik

Tausende von Bürgerinnen und Bürgern engagieren sich in ihrer Freizeit in vielen Ensembles, ob Akkordeon-, Kammer- oder Zupforchester, Gitarrenensemble, Blockflötenkreis, Jazz- und Popgruppe, multikulturelle Ensembles etc. In diesen Gruppen zeigt sich viel gesellschaftliches Engagement. In der Vielfalt des Amateurmusizierens spiegelt sich auch das Bedürfnis der Gesellschaft nach kultureller Betätigung wider. Amateurmusikensembles sind unverzichtbar für das kulturelle Leben Berlins. Die Teilnahme an diesen musikkulturellen Aktivitäten ist aber oft mit erheblichen finanziellen Eigenbeiträgen verbunden.

Probleme

Orchester, Chöre und Laien-Ensembles müssen sich aus Mitteln der Teilnehmer finanzieren, bei Kindern und Jugendlichen aus Elternbeiträgen, z.B. für Konzertreisen. Drittmittel oder Projektzuschüsse als Teilfinanzierung gibt es nur für das LJO, das LZO und das BJJÖ über den Landesmusikrat Berlin e.V., der wiederum Zuwendungsempfänger des Landes Berlin ist. Die Freien Träger finanzieren die Proben- und Konzerttätigkeit aus den Mitgliedsbeiträgen, dem Kartenverkauf, Spenden und eingeworbenen Drittmitteln. Zur Probenarbeit kommt also ein erheblicher zeitlicher Aufwand hinzu, um die Orchesterarbeit finanziell und organisatorisch zu ermöglichen.

Auftrittsorte für Chöre (und mitwirkende Orchester) sind oft Kirchen. Viele Kirchen geben auch anderen, nicht kirchlich angebotenen Chören und Ensembles die Gelegenheit, ihre Räume für Konzerte zu nutzen. Angesichts der hohen Mietkosten für große Konzertsäle sind viele dieser Ensembles und Chöre auf Räume mit niedrigen Mietkosten angewiesen. Die großen Konzertsäle werden in der Regel nur von den größeren Oratorienchören³ bespielt, die sich in der Chöre-AG zusammengeschlossen haben. Für die großen Werke der Chorsinfonik sind vor allem die großen Säle von Konzerthaus und Philharmonie am besten geeignet. Doch in diesen großen und bekannten Häusern wurden die Saalmieten in den letzten Jahren stark angehoben. Viele Ensembles können sich daher diese hohen Saalmieten nicht mehr leisten.

Ein ernsthaftes Problem für alle Ensembles ist die Probensituation. Proben erfordern geeignete Räumlichkeiten, die immer schwerer zu finden sind und für die auch immer häufiger hohe Mieten verlangt werden. Auch hat die Abschaffung der Bereitschaftsdienste (Anwesenheitszeiten) von Schulhausmeistern für die Ensembles große Schwierigkeiten gebracht.

Musikalische Arbeit braucht Ziele, also Auftrittsmöglichkeiten. Dafür müssen die Mitglieder der Ensembles und Chöre enorme finanzielle Belastungen tragen wie Saalmieten, Werbung, GEMA, ggf. Aufwandsentschädigungen für künstlerische Leitung, Solisten, Aushilfen. Diese Kosten sind in den letzten Jahren sehr stark gestiegen.

Amateurmusik in jeder Form ist wichtige dezentrale Kulturarbeit. Leistungsstarke Ensembles wollen und sollen aber auch in den zentralen Stätten des Berliner Musiklebens auftreten.

² Bender, Thomas, Liebenow, Rainer (Bearb.): Erhebung über die Situation der Chöre in Berlin (Aktualisierungen zum Chorbericht der Senatsverwaltung für Kultur von 1993), Chorverband Berlin, 2007, S. 1

³ Damit sind diejenigen Chöre gemeint, die vorwiegend Werke der Chorsinfonik aufführen.

Alle genannten Laienensembles haben viel zu bieten: Sie vermitteln praktisch Musikalische Bildung für Anfänger bis Fortgeschrittene und verkörpern somit kulturelle Breitenarbeit. Sie haben Multiplikatoren-Funktion und bringen auch Menschen, die bisher eher ein distanziertes Verhältnis zur aktiven oder passiven Auseinandersetzung mit Musik hatten, dazu, Konzerte zu besuchen und selbst zu musizieren.

Forderungen

Senat und Bezirke müssen die Bedeutung des Amateurmusizierens nicht nur in Grußworten, z.B. bei Orchesterjubiläen verbal anerkennen, sondern materiell aktiv unterstützen – vergleichbar mit der Sportförderung; denn die Förderung nichtkommerzieller Sportorganisationen gilt dem Senat als „*unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge des Staates*“ (vgl. Tagesspiegel vom 11.11.08). Es gibt im Sozialgesetzbuch ebenso den Begriff der „*kulturellen Daseinsvorsorge*“. Diese Verfassungsforderung sollten Senat und Bezirke genauso auf die Amateurmusik anwenden. Sie sind dringend aufgefordert, die rechtliche und finanzielle Stellung von Amateurmusikgruppen der von Sportvereinen anzugleichen, z.B.

- durch die Bereitstellung kostenloser Übungsräume
- durch finanzielle Unterstützung bei der Nutzung von Sälen in öffentlichen Gebäuden wie z.B. Schulen, sowie auch der sog. repräsentativen Konzerträume bzw. deren unentgeltliche Überlassung
- durch Übernahme der Kosten für Aufführungsrechte (z.B. GEMA)

Musikalische Bildung für die Generation 50+

Situation

Musik kann im fortgeschrittenen Lebensalter auf vielerlei Weise sinnstiftend, heilend und lebenserfüllend wirken. Es ist davon auszugehen, dass die vorhandenen Angebote der Nachfrage nicht entsprechen. In Altenheimen und an Begegnungsstätten existieren partiell Singgruppen, Menschen kurz vor dem oder im Rentenalter wirken in (oft generationsübergreifend arbeitenden)

Laienmusikensembles mit, und zunehmend möchten auch Menschen über 50 Jahre Instrumente lernen oder wieder auffrischen (erhöhte Nachfrage an Musikschulen). Einführungsveranstaltungen zu Konzerten werden oft gerade von Älteren gut besucht – das Interesse an aktiver oder passiver Musikalischer Bildung ist hoch. Sozial Schwache (Altersarmut) können i.d.R. kaum Konzerte besuchen oder aktiv musizieren, da in den meisten Fällen Eintritte oder Vereinsgebühren bzw. Entgelte für Unterricht zu tragen sind.

Probleme

Gezielte musikalische Angebote für diese Altersgruppe sind selten. Alteneinrichtungen bieten nur sehr selten Musikangebote, die aktives Musizieren ermöglichen, obwohl bekannt ist, dass z.B. Singgruppen oder elementare Musizierungsangebote für Ältere die Lebensqualität erhöhen und Krankheit oder sogar Demenz vorbeugen können. Gerade Hochbetagte sind häufig aufgrund ihrer mangelnden Beweglichkeit von kultureller Teilhabe ausgeschlossen.

Lösungen

Umsetzung der Wiesbadener Erklärung *Musizieren 50+ – im Alter mit Musik aktiv* und deren¹² Forderungen an Politik und Gesellschaft

Forderungen

1. Situationsanalyse der Nachfrage und Angebote nach musikalischer Betätigung und Bildung für Ältere in Berlin
2. Berücksichtigung von aktivem Musizieren (in Form von Freizeitangeboten bis hin zur therapeutischen Anwendung) in der Altenpflege, der sozialen Altenarbeit, der Rehabilitation und der Therapie
3. Berücksichtigung der Fachdidaktik für die Musikalische Bildung Älterer bei der Ausbildung von Musikpädagogen/innen
4. Einsteigerangebote für Senioren an Musikschulen
5. Förderung von Generationen übergreifend wirkenden Ensembles
6. Möglichkeiten des individuellen und gemeinsamen Musizierens in allen Wohnbereichen, auch in Einrichtungen für ältere Menschen und Krankenhäusern
7. Ausrichtung der Angebote von Kulturinstitutionen auf ältere Menschen

Nachwuchs der Musikberufe

Situation

Die demografische und bildungspolitische Realität zeigt einen sich beschleunigenden Abbau von fachlich ausgebildetem Personal insbesondere im Bereich der Musikpädagogik. Es mangelt an:

- Erziehern mit musikalischen Fähigkeiten
- Schulmusikern aller Schulformen und -stufen
- Musikschullehrern
- Leitern von Laienensembles

Probleme

Es gibt keine Vorsorge und Planung für eine adäquate Nachwuchsförderung.

Der Erwerb Musikalischer Bildung zur Ausübung eines Musikberufes erfordert den Erwerb von umfassenden Fähigkeiten und Kenntnissen von Kindesbeinen an über die komplette Schulzeit. Neben der Wahrnehmung des instrumentalen bzw. vokalen Unterrichtes ist tägliches, z. T. stundenlanges Üben erforderlich.

Das Erlernen eines Musikinstrumentes auf dem für ein Studium geforderten Niveau ist an allgemein bildenden Schulen weder möglich noch vorgesehen. Die sehr arbeitsintensive und hoch spezialisierte instrumentale und vokale Ausbildung erfolgt dementsprechend vor allem an den Musikschulen.

Die Hochschulausbildung zu den meisten der o. g. Aufgabenfelder verlangt eine Aufnahmeprüfung. Die vorhandenen Studienplätze reichen jedoch bei weitem nicht aus.

In den künstlerischen Studiengängen (Orchestermusiker) wird in ausreichendem Maße ausgebildet. Deutsche Schüler konkurrieren in den Aufnahmeprüfungen gegen Studenten insbesondere aus Asien, die bereits ein Studium absolviert haben. Dementsprechend sinkt die Zahl der deutschen Studenten an Berliner Musikhochschulen.

Lösungen

Zur Sicherung aller Musikberufe bedarf es gravierender und langjähriger Anstrengungen.

Forderungen

1. Anerkennung der Studienvorbereitung an den Musikschulen als Berufsvorbereitung
2. Erhaltung der Leistungskurse im Fach Musik
3. Anerkennung der besonderen Qualifikation für Musikschullehrkräfte in der Studienvorbereitung
4. Erhöhung der Studentenzahlen in allen musikpädagogischen Berufen
5. Ergänzung des künstlerischen Studiums um pädagogische Aspekte
6. Schaffung adäquater Berufsangebote

Stand: Juni 2010